

Berlin, 04. Februar 2025

## Bundestagswahl 2025 – Wahlprüfsteine Gewerkschaft der Polizei (GdP) – Bezirk Bundespolizei

### Wahlprüfstein 1:

Wie erklären Sie sich die hohe Kündigungsrate von derzeit circa 1.000 Polizeivollzugsanwärterinnen und -anwärtern pro Kalenderjahr im Zusammenhang mit der Attraktivität des Berufs Bundespolizist:in? Welche Maßnahmen planen Sie konkret, um die weiterhin ausreichend Nachwuchs zu gewinnen, um die Einstellungsmöglichkeiten besetzen zu können sowie um Expertinnen und Experten (beispielsweise aus den Bereichen IT, Wirtschaft, Recht...) als Beschäftigte für die Bundespolizei zu gewinnen?

Die Kündigungs- und Abbruchquote bei Polizeivollzugsanwärtern und ebenso jungen Berufsanfängern ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Das BSW hat genau diese Entwicklung bereits im Herbst 2024 mit einer Anfrage an die Bundesregierung (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/136/2013691.pdf>) ans Licht gebracht.

Die gestiegenen Anforderungen an den Polizeiberuf im Hinblick auf Intensität, unregelmäßigen Dienst, Überstunden und kontinuierlich steigendes Konflikt- und Gewaltpotenzial beim polizeilichen Gegenüber sind hierbei klar ein hartes Kriterium. Die typischen Arbeitsbelastungen sind eine tägliche Herausforderung für junge Familien. Parallel kommen die gesellschaftlichen Umbrüche und Verwerfungen bei den Vollzugskräften 1 : 1 ungefiltert an. Nicht zuletzt steht die Polizei im Wettbewerb um die fähigsten Bewerber oft zurück. Die Folge ist, dass ein wachsender Teil der eingestellten Anwärter die Ausbildungsanforderungen verfehlt.

Wir wollen dem Polizeiberuf wieder die Attraktivität, den Stellenwert und die Anerkennung verleihen, die ihn ausmacht und zur echten Berufung werden lässt. Dazu fordern wir:

- Eine aufgabenentsprechende Stellenausstattung und signifikant verbesserte Ausstattung mit Einsatzmitteln, Gebäuden und IT – gerade auch im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen wie Cyberkriminalität und Terrorismus
- Exzellente Aus- und Fortbildung in modernen Akademien und Trainingszentren
- Verantwortungsgerechte Bezahlung mit einem belastungsbezogenen Zulagensystem sowie eine sichere Standortplanung
- Ein neues Rollenverständnis in der Gesellschaft: Rückhalt, Vertrauen, Schutz und Wertschätzung für Einsatz-, Rettungs-, Bevölkerungsschutzkräfte – sie gehören in die Mitte der Gesellschaft!
- Eine anforderungsgerechte Bewerberauswahl durch Einstellungstests nach den Kriterien Eignung, Einstellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, Berufsmotivation und Belastbarkeit statt Verfassungstreue-Checks
- Klar verbesserter Schutz für Vollstreckungsbeamte, Rettungsdienstkräfte und medizinisches Personal durch einen einheitlichen Tatbestand für verbale und tätliche Angriffe, schnellere Anklagen und unmittelbare Strafvollstreckungen
- Eine neue Führungskultur mit wahren Führungspersönlichkeiten – die hinter den Einsatzkräften stehen – sowie ein ehrliches Beurteilungssystem für mehr Leistungsgerechtigkeit
- Fortgesetzte Werbung und Einstellung geeigneter Bewerber aus EU-Mitgliedstaaten zur Sicherung des Personalbedarfs und Verbesserung der interkulturellen Polizeiarbeit

- Mentoringprogramme zur Stärkung des Bewerberfeldes, um Nachwuchsführungskräfte aus allen gesellschaftlichen Gruppen zur Bewerbung zu ermutigen

### **Wahlprüfstein 2:**

**Wie stehen Sie zu einer Anerkennung von gesellschaftlichem Engagement im Ehren- oder Nebenamt, beispielsweise durch eine Regelung zur Gewährung von Sonderurlaubstagen für die vielen Kolleginnen und Kollegen, die über die Maße Dienst an der Gesellschaft leisten?**

Der Gesellschaft ist nicht hinreichend bewusst, in welchem Umfang das Ehrenamt unser Leben und unsere Communities trägt und am Laufen hält. Vieles wird für selbstverständlich gehalten, obwohl es dies absolut nicht ist. Ehrenamtliches Engagement ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Hilfeleistung in schwierigen Situationen essenziell – sei es bei Feuerwehr, THW oder Bevölkerungsschutz, der Integration Geflüchteter mit Bleibeperspektive oder beim Sport.

Ungeachtet dessen soll das Ehrenamt ein solches bleiben und nicht zur Nebentätigkeit werden. In systemrelevanten Berufen und gerade Sicherheitsbehörden müssen die dienstlichen Anforderungen Vorrang haben und setzen dem ehrenamtlichen Engagement daher auch Grenzen.

Das Ehrenamtes muss durch bessere Sichtbarkeit und faire Aufwandsentschädigungen aufgewertet werden! Darüber hinaus wollen wir das ganze Spektrum der Ehrenamtler zusammen denken und in gleicher Weise in die Mitte der Gesellschaft holen. Hierfür schlagen wir einen Tag des Ehrenamtes in Verbindung mit Projektwochen für Schüler, Studierende und Ruheständler vor, um Ehrenamt und Bevölkerung wieder näher zusammenbringen und zu verzahnen. Dies trägt zugleich zur dringend notwendigen Nachwuchsgewinnung bei.

### Wahlprüfstein 3:

Immer noch gilt in der Bundespolizei eine regelmäßige Wochenarbeitszeit von 41 Stunden für Beamtinnen und Beamte. Wir als GdP fordern seit Jahren eine Reduzierung für die Kolleginnen und Kollegen auf 39 Wochenstunden. Dazu kommt: Mehr als die Hälfte unserer Kolleginnen und Kollegen arbeitet im Schicht- und Wechselschichtdienst. Die weitreichenden gesundheitlichen Belastungen hierdurch sind hinreichend belegt. Wie stehen Sie zu einer Kürzung der Wochenarbeitszeit generell für Beamtinnen und Beamte, aber vor allem für Schicht- und Wechselschichtdienstleistende bzw. welche anderen Maßnahmen planen Sie, um dem hohen Krankenstand und der damit einhergehenden angespannten Personalsituation entgegenzuwirken?

Ein ehrlicher Ausgleich besonderer beruflicher Belastungen ist essenziell für die Attraktivität des Berufsbildes! Für die Polizistinnen und Polizisten ist er einfach nur vernünftig und fair! Hierbei wollen wir die volle Breite der Möglichkeiten nutzen:

- Ein belastungs-/und leistungsorientiertes Zulagensystem
- Professionelle Gesundheits- und Sportangebote in den Dienststellen – auch für die Kernfamilie
- Finanziell spürbare Zulagen für besonders gesundheitsbeeinträchtigende Dienste und Dienstzeiten (DuZ)
- Einsatz von KI und/oder psychosoziale Unterstützung bei besonders belastenden Tätigkeiten (wie z .B. Kinderpornographie)
- Eine neue Führungskultur: mehr Wertschätzung und Leistungsanerkennung durch Vorgesetzte

Eine generelle Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf ein vorzugsweise bundesweit gleiches Soll erfordert in der aktuellen Lage einen vorherigen Personalaufwuchs, die Entlastung der Polizei von Nebenaufgaben, eine echte Personalersparnis durch moderne Einsatzmittel und eine Digitalisierung, die wirklich Zeit und Aufwand spart. Das BSW kämpft für jede dieser Forderungen!

Darüber hinaus setzen wir uns für eine Arbeitszeitflexibilisierung ein. Flexible Zeitkonten – die z. B. auch Blockfreizeiten ermöglichen oder die Zahl der Dienstantritte reduzieren – entlasten den gesamten Lebensalltag und ermöglichen nachhaltige Erholung. Für Mehrarbeitsstunden wollen wir die Möglichkeit zur wahlweisen finanziellen Kompensation erweitern.

#### **Wahlprüfstein 4:**

**Einer der wichtigsten Schritte für die Zukunftsfähigkeit der Polizei ist die Digitalisierung und die bundesweite Harmonisierung von Bearbeitungssoftware, die für die Bundespolizei nicht durch den Haushalt des BMI zu stemmen ist. Welche Maßnahmen für eine dauerhafte Finanzierung zur Beschaffung/Aktualisierung von Technik und Software sowie den permanenten Ausbau der IT-Infrastruktur der Bundespolizei planen Sie?**

Eine langjährige Sparpolitik bei den Sicherheitsbehörden durch die SPD/FDP/GRÜNE-Ampel und zuvor die CDU-Merkel-Regierung hat einen immensen Nachholbedarf verursacht. Hinzu tritt ein ständiger Aufgabenzuwachs, der bis dato gerade im Streifen- und Einsatzdienst nicht durch adäquate Stellenausstattung abgebildet ist.

**Der Bedarf an professionellen Einsatzmitteln und ausfallsicherer, moderner Technik besteht jetzt und nicht erst in einigen Jahren!** Er ist initial nur durch eine zusätzliche Anschubinvestition auf Bundes- und Länderebene für die Infrastruktur, Ausstattung und Digitalisierung der Sicherheitsbehörden und dauerhaft über ein aufgabengerechtes Budget zu decken. Gerade auch um diese Investitionen möglich zu machen, fordert das BSW die von CDU/CSU, AfD und FDP abgelehnte Lockerung der Schuldenbremse für Investitionen.

Wir finanzieren höhere Sicherheitsausgaben durch Steuergerechtigkeit: Dazu führen wir die Vermögenssteuer für Superreiche wieder ein, schließen Steueroasen und sorgen für eine gerechte Besteuerung von Konzernen.

Wir fordern ebenso umfassende diplomatische Anstrengungen zur Beilegung der vielen internationalen Konflikte – auch um Militärausgaben in die zivile Sicherheitsarchitektur umleiten zu können. Das BSW steht zudem für eine Migrationspolitik, die die Zustromzahlen wirklich senkt, Ausreisepflichtigkeit konsequent vollzieht und Geflüchtete mit Bleibeperspektive zügig in den Arbeitsmarkt integriert. Dies entlastet die Sozialausgaben und schafft finanzielle Handlungsfähigkeit.

#### Wahlprüfstein 5:

Die Sicherheitslage in Deutschland und Europa hat sich in den vergangenen Jahren gravierend verändert. Dies stellt die Bundespolizei und den Zoll mit ihren Beschäftigten vor immer größere Herausforderungen. Um den Anschluss nicht zu verlieren und weiter moderne Ermittlungsarbeit leisten zu können, muss aus unserer Sicht dringend in Ausrüstung und Infrastruktur investiert werden. Was konkret werden Sie für die Bundespolizei und den Zoll umsetzen (beispielsweise neue Mitteldistanzwaffe, Distanzelektroimpulsgerät, Bodycam als „Mann“-Ausstattung, bessere Autos, mobile Kontrollstellen, Drohnen etc.)?

Wir befürworten die Ausstattung des Streifen- und Einsatzdienstes mit **Elektroimpulsgeräten**. Damit wird die Lücke zwischen Pfefferspray/Einsatzstock und Schusswaffe geschlossen, eine differenzierte Zwangsmittelauswahl ermöglicht und durch die hohe Wirksamkeit bereits der Androhung die Sicherheit der Einsatzkräfte verbessert. Das DEIG sollte bundesweit rechtsklar als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt verankert sein. Handhabungs- und rechtliche Sicherheit wollen wir durch ein strukturiertes Einsatztraining sowie die Implementierung klarer Regelungen zu Einsatz und Einsatzfällen gewährleisten.

**Bodycams** tragen zur Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Einsatzhandels bei und schaffen so eine Rechtssicherheit gleichermaßen für Einsatzkräfte und Bürger. Sie erhöhen die Hemmschwelle für einen Angriff und schützen so die

Beamtinnen und Beamten in kritischen Einsatzsituationen. Bei der Rechtsabwägung müssen Datenschutzbedenken Rechnung getragen werden.

Personalknappheit begegnen wir mit Einsparungen durch einen **zielgenauen und dadurch eng begrenzten Einsatz komplementärer technischer Lösungen.**

**Die umfangreich erweiterten Grenzkontroll- und Grenzüberwachungsmaßnahmen erfordern umfassende Technik, Einsatzmittel und Infrastruktur.** Hierzu ist wichtig, dass die Abgeordneten auch der Oppositionsparteien den Bedarf der Bundespolizei an z. B. Infrarotthermografie, mobilen Geräte und digitalen Netzwerken zur Durchführung von Fahndungsmaßnahmen, Drohnen und Kameras, Digitalfunk, Fahrzeugen, Herzschlag-sowie Bewegungssensorik, Kennzeichenerfassung, mobilen Kontrollstellen und Gewahrsamen zur Kenntnis bekommen und dafür streiten können.

#### **Wahlprüfstein 6:**

**Die Zusammenarbeit von Bundespolizei und Zoll ist seit Jahren personell, aber auch materiell vernachlässigt worden. Die Strafverfolgung, insbesondere die Geldwäschebekämpfung, die Finanzaufmittlungen und die Vermögensabschöpfung müssen aus unserer Sicht deutlich verstärkt und behördenübergreifend zwischen Polizei, Zoll, Steuerverwaltung und Justiz optimiert werden. Der Organisierten Kriminalität muss viel stärker die rechtsstaatliche Stirn geboten und die Geschäftsgrundlage entzogen werden. Wie sieht Ihre Ausrichtung zur Zusammenarbeit der Behörden, aber auch vor allem auch zum Weg „Follow the Money“ aus?**

Im Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche sowie Terrorismus- und Extremismusfinanzierung besteht Handlungsbedarf über die 2024 auf nationaler und europäischer Ebene erreichten Entwicklungen hinaus.

Dringlich ist eine **Neuorganisation des Datenaustausches zwischen den Sicherheitsbehörden**. Das BSW legt hierbei den Schwerpunkt auf die Schaffung zielsicherer Rechtsgrundlagen für Datenaustausch und automatisierte Datenauswertung bei schwersten und besonders schädlichen (Finanz-)straftaten und ebenso Gefährdern.

**Taterträge als finanzielle Basis krimineller Strukturen müssen wirksam abgeschöpft werden**, um weitere Taten und die Einspeisung von Taterlösen in den legalen Wirtschaftskreislauf möglichst auszuschließen. Die erweiterte selbständige Einziehung (§ 76a IV StGB) ist ein wichtiger Schritt, um Vermögen unklarer Herkunft bei typischen Straftaten der organisierten Kriminalität unabhängig von strafrechtlicher Verurteilung einzuziehen – wie zuletzt Immobilien eines Berliner Clans. Gut so! Die Justiz ist allerdings gefordert, diese Möglichkeit auch auszuschöpfen.

**Grenzüberschreitende Kriminalität erfordert neben national koordinierten auch europäische Bekämpfungsansätze** – dies gilt gerade für Finanzkriminalität. Bei der Errichtung zentraler Behörden wie der Europäischen Anti-Geldwäsche-Behörde AMLA oder der geforderten nationalen Finanzkriminalitätsbehörde ist uns wichtig, dass neben klassischer Geldwäsche auch die Steuervermeidung von Konzernen und Superreichen bekämpft wird.

**Behörden und deren Ermittlungstätigkeit dürfen allerdings keine strukturelle Massenüberwachung der Bürger und Bürgerinnen betreiben. Dies ist nicht Aufgabe der Polizei – dies will die Polizei auch nicht!** Wir sprechen uns zum Schutz der Freiheitsrechte z. B. gegen KI-gestützte Massentransaktionsanalysen und für gezielte Ermittlungen bei begründetem Verdacht aus.

Werden Aufgaben europäisch gelöst, müssen Transparenz und demokratische Kontrolle der Institutionen vollständig gewährleistet sein. **Privatisierungstendenzen bei der Bekämpfung von Kriminalität treten wir entgegen. Strafverfolgung und damit auch Ermittlungstätigkeit bleibt staatliche Aufgabe und in behördlicher Hand.**



## Wahlprüfstein 7:

Die personelle und materielle Unterdeckung der Kriminalitätsbekämpfung ist ein großes Problemfeld der Bundespolizei. Was haben Sie vor, um die Kriminalitätsbekämpfung innerhalb der Bundespolizei zu verbessern?

Die Unterbesetzung der Kriminalitätsbekämpfung der Bundespolizei ist sowohl ein strukturelles Problem als auch Ergebnis jahrzehntelanger Sparpolitik. Darüber hinaus ignoriert die Bundesinnenministerin beharrlich, dass mit ständig steigenden Aufgaben und neuen Problemfeldern ein zusätzlicher Personalaufwuchs über die geplanten Stellenerhöhungen hinaus erfolgen muss.

Wir werden die Kriminalitätsbekämpfung der Bundespolizei durch konkrete Maßnahmen stärken:

- Personelle Aufstockung: sofort beginnende Einstellung und Ausbildung von 5.000 Vollzugsbeamten – zusätzlich zu den geplanten, jährlichen Einstellungszahlen, um Unterbesetzung zu beenden. Dafür bauen wir die Ausbildungs- und Trainingsstätten aus und schaffen attraktivere Arbeitsbedingungen – z. B. durch höhere Zulagen, verbindliche Beförderungsregeln und bessere Gesundheitsprävention.
- Moderne Ausstattung statt veralteter Technik! Cyberkriminalität, organisierte Banden und Grenzkriminalität erfordern High-Tech-Lösungen: Investitionen in digitale Ermittlungstools, verschlüsselte Kommunikation und KI-gestützte Analysen – immer unter Einhaltung von Datenschutz und Persönlichkeitsrechten. Gleichzeitig braucht es moderne Schutzausstattung und Dokumentationstechnik (z. B. Bodycams), um Beamte zu schützen und Rechtsmissbrauch zu verhindern.
- Schwerpunkt grenzüberschreitende und Clankriminalität: Fahndungs- und Ermittlungseinheiten für organisierte Bandenkriminalität und Schleusertum werden personell und technisch aufgerüstet.
- Klare Kompetenzen: Fokussierung auf Grenzschutz, Bahn- und Flughafensicherheit.

Neben diesen strategischen Maßnahmen setzen wir uns für konkrete Maßnahmen wie die **Erhöhung der Planstellen im Ermittlungsdienst, einen starken Direkteinstieg K mit spezialisierter Ausbildung, die Gewährleistung des Wissens- und Kompetenztransfers** in der anstehenden Pensionierungswelle gerade im gPVD sowie **gemeinsame Ermittlungsgruppen** mit BKA, LKÄ und Zoll ein.

Im Bereich **Digitalisierung und Datenaustausch** unterstützen wir das **gemeinsame Datenhaus des Programms 20202** und damit unbedingt eine **einheitliche IT-Architektur** für alle Polizeien in Bund und Ländern. Eine zügige Umsetzung ermöglicht eine **Effizienzsteigerung und damit Stärkung der Kriminalitätsbekämpfung**.

#### **Wahlprüfstein 8:**

Das Thema **Dienststellen und Liegenschaften** stagniert seit Jahren. Die **Bedingungen sind teilweise sehr schlecht**. Dazu kommt: Durch den **Personalzuwachs der vergangenen Jahre** hat die Bundespolizei immer mehr **Probleme, den Kolleginnen und Kollegen adäquate Diensträume, aber auch Sozialräume wie Umkleiden etc. zur Verfügung zu stellen**.

Dies wirkt sich auch **negativ auf die Attraktivität der Bundespolizei als Arbeitgeber** aus. Gerade für die **jungen Kolleginnen und Kollegen** geht es dabei nicht nur um die **dienstlichen Liegenschaften**, sondern auch um das Thema **Wohnungsfürsorge**. **Welche Maßnahmen möchten Sie für den Bereich Liegenschaften generell, aber auch zum Thema Wohnungsfürsorge umsetzen?**

Für das BSW ist die **Ausstattung der Sicherheitsbehörden mit adäquaten und vor allem funktionsgerechten Dienst- und Spezialgebäuden** nicht nur selbstverständliche Voraussetzung für gute Arbeit, sondern auch Teil der **Wertschätzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!** Daher fordern wir eine **Bauoffensive, die den künftigen Personalaufwuchs gleich mitdenkt**.

Wohnungsfürsorge ist ein traditioneller Bestandteil der dienstlichen Fürsorge und zugleich modernes Kriterium eines attraktiven und familienfreundlichen Arbeitgebers! Viele ältere Dienstkräfte in Ost und West kennen das noch – für viele Berufseinsteiger wäre diese Unterstützung des Dienstherrn eine unglaubliche Hilfe. Daher sagen wir Ja! zur Wohnungsfürsorge. Für Anwärter können eigene Wohneinrichtungen eine gute Lösung sein, generell setzen wir auf dezentrale Lösungen durch Partnerschaften. In sehr angespannten Wohnungsmärkten darf es nicht sein, dass sich Polizeibeamte die Innenstädte nicht mehr leisten können, hier muss es Lösungen durch Zulagen bzw. Zuschüsse geben!

Wahlprüfstein 9:

Die Bundespolizei ist jetzt seit fast zehn Jahren durchgängig mit einem Großaufgebot unter anderem der Bundesbereitschaftspolizei mit mehreren Hundertschaften an diversen Binnengrenzen eingesetzt. Die Erweiterung der Grenzkontrollen auf alle Landbinnengrenzen hat zu noch mehr personellen und materiellen Bedarfen geführt. Wie haben sie vor, dies zu beenden und die Grenzkontrollen wieder in eine normale Ablauforganisation AAO (Regelbetrieb mit eigenen Kräften) zu überführen?

Unser Land, unsere Gesellschaft, die Kommunen, das Bildungswesen und die sozialen Sicherungssysteme dürfen nicht weiter über die Grenze des Leistbaren und der Integrationsfähigkeit geführt werden. Um das zu erreichen, braucht es weiter wirksame Grenzkontrollen mit Zurückweisungen – aber ebenso Asylverfahren und Schutzgewährungen in Drittstaaten und Migrationsabkommen mit den Hauptherkunftsländern.

Das BSW fordert die **Verstetigung der Grenzkontrollen, bis europäische Maßnahmen wirkungsgleich umgesetzt sind und tatsächlich funktionieren**. Die dauerhafte Verwendung der Einsatzeinheiten zur Grenzkontrolle und Grenzüberwachung ist jedoch weder polizeitaktisch klug – noch im Hinblick auf die die Belastung der Dienstkräfte hinnehmbar!

**Erfolgreiche und effiziente Grenzkontrolle und -überwachung braucht erfahrene und ortskundige Einsatzkräfte, Motivation, beste technische Ausstattung und funktionale Dienststellen!** Wir stellen uns hinter jede einzelne Polizistin, hinter jeden Polizisten und behalten die besonderen persönlichen Belastungen für Lebensführung und Familie im Blick.

Um die gegenwärtigen Herausforderungen zu bewältigen, setzen wir vordringlich auf folgende Maßnahmen:

- **Neue Aufgabe – neue Stellen:** Wir fordern die Schaffung von zusätzlichen Stellen bei der Bundespolizei für diese neue Aufgabe sowie verbesserte Möglichkeiten zum Überstundenabbau (Bezahlung, Blockfreizeit).
- **Modernisierung statt Sparkurs:** Wir wollen unsere Einsatzkräfte mit modernsten Einsatzmitteln zur Grenzüberwachung, geeigneten Fahrzeugen und funktionaler Infrastruktur ausstatten, um die Effizienz zu steigern.
- **Wir fordern die zügige Einführung von Asylverfahren an den EU-Außengrenzen gemäß EU-Asylreform – wenn durch die jeweiligen Staaten gewünscht oder europäisch vereinbart mit deutscher Unterstützung.**
- **Wir setzen uns für Vereinbarungen zu vorgelagerten Grenzkontrollen und gemeinsamer Bekämpfung von Schleuserkriminalität mit unseren Nachbarländern ein.**
- **Wir fordern koordinierte, operative Fahndungs- und Ermittlungseinheiten der Länderpolizeien im grenznahen Raum zur regionalen Unterstützung der Bundespolizei.**

Wir sehen aber auch, dass die Grenzregionen derzeit besonders gefordert sind. Nicht allein die Behinderungen für Pendler und die Erschwernisse der lokalen Wirtschaft stellen eine Belastungsprobe dar. **Wir müssen achtsam sein, dass die Erfolge im Zusammenwachsen der Grenzregionen, das aufgebaute Vertrauen und die europäische Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene nicht beschädigt werden.** Ein grenzüberschreitendes Monitoring der Beeinträchtigungen in den Grenzräumen unter Einbezug lokaler Akteure und Stakeholder ist uns wichtig.

**In diesen Tagen wird wie im Brennglas deutlich, dass die Migrationsbegrenzung europäisch gelöst und garantiert werden muss. Gleichzeitig müssen wir uns vergegenwärtigen, dass die engagierte Bekämpfung der Migrationsursachen und Befriedung von Konflikten ein unverzichtbarer Teil der Lösung ist.**

**Wahlprüfstein 10:**

**Die gesetzlichen Grundlagen wie zum Beispiel das Bundespolizeigesetz (BPOLG), das Gesetz zum Einsatz von unmittelbarem Zwang (UZwG) und weitere befinden sich seit Jahren in der Bearbeitung, sind aber nicht endgültig beschieden und umgesetzt worden. Welche Gesetzesvorhaben möchten Sie für die Bundespolizei im Sinne der inneren Sicherheit, aber auch im Sinne der Beschäftigten der Bundespolizei in der kommenden Legislaturperiode verändern, entwickeln und vor allem umsetzen?**

Die Ampel-Regierung hat im Hinblick auf die Schaffung klarer und zeitgemäßer Rechtsgrundlagen für das Handeln der Sicherheitsbehörden versagt. Frau Faeser hat erst auf Druck tragischer Ereignisse und der Opposition gehandelt und im September 2024 ein fachlich unbefriedigendes und in Teilen symbolpolitisches Sicherheitspaket vorgelegt.

Den Sicherheitsbehörden fehlt gesetzgeberische Professionalität, Schnelligkeit, Berechenbarkeit und Anwendungssicherheit der Regelungen. Leidtragende sind die Dienstkräfte, die als Sicherheitsgaranten unseres Landes ausgebremst werden. Die Politik muss endlich liefern!

Folgende gesetzlichen Novellierungen oder Neuerlasse wollen wir forcieren, einfordern und kritisch begleiten:

- **Zielgenaue und bedarfsgerechte Befugnisweiterungen im Bundespolizeigesetz und Bundeskriminalamtsgesetz** nach dem Grundsatz: So viel Befugnis wie nötig – so viel Freiheitsrechte wie möglich!
- **Bundesweit einheitliche Regelungen zu Datenaustausch und Datenauswertung** bei schwersten, besonders schädlichen und extremistischen Straftaten sowie erkannten Gefährdern
- **Öffentliche Straßen und Plätze dürfen nicht die am schlechtesten kontrollierten Bereiche sein. Zugleich darf es keine Gesamtüberwachung der großen Zahl rechtstreuer Bürgerinnen und Bürger geben.** Wir wollen den Grundsatz festschreiben, dass in den Innenstädten Polizeipräsenz und zielgruppenorientierte Ermittlungseinheiten Vorrang vor weiträumiger Videoüberwachung haben.
- **Ein neues, für Bürger verständliches und für Dienstkräfte anwendungssicheres Waffengesetz**, das den Umgang mit Waffen und gefährlichen Gegenständen pragmatisch und sachgerecht regelt und begrenzt und verdachtsunabhängige Durchsuchungen in erklärten Waffenverbotszonen nicht zum Regelfall macht
- **Rechtliche Verankerung des Elektroimpulsgerätes** als Hilfsmittel körperlicher Gewalt
- **Schaffung eines einheitlichen Tatbestandes für verbale und tätliche Angriffe auf Vollstreckungsbeamte, Rettungskräfte und medizinisches Personal**